

INTERVIEW UWE LEPRICH

„Windenergie ist arg unter die Räder geraten“

Der Experte für Energiewirtschaft und Umweltpolitik spricht über den Stand der Energiewende in Deutschland und im Saarland.

SAARBRÜCKEN Wie kann Deutschland seine Klimaziele erreichen? Welchen Beitrag kann das Saarland dazu leisten? Und welche Rolle spielt die EEG-Umlage (Infokasten) für die Energiewende? Die Saarbrücker Zeitung sprach darüber mit Uwe Leprich, Professor für Wirtschaftspolitik, Energiewirtschaft und Umweltpolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW):

Herr Leprich, wie steht es um die Energiewende im Saarland?

LEPRICH Da das Saarland immer Montanland war, haben wir keine leichten Ausgangsbedingungen. Die gesamte Energielandschaft wurde stets von Kohle und Stahl bestimmt. Auch heute noch kommt der größte Anteil der CO₂-Emissionen aus dem Stahlbereich. Daraus entstehen im Saarland besondere Herausforderungen.

Wie sieht es bei den erneuerbaren Energien aus?

LEPRICH Im Bereich Photovoltaik (PV) stehen wir relativ gut da. Wenn ich mir zum Beispiel die Fläche von Solaranlagen im Vergleich zur Gesamtfläche anschau, liegt das Saarland bundesweit auf dem ersten Platz. Das heißt aber natürlich nicht, dass damit schon alles Nötige getan wäre. Wir haben beispielsweise ein erhebliches Defizit bei der Bestückung von Dachflächen – gerade auch bei öffentlichen Gebäuden. Es gibt eine Reihe von Genossenschaften hier im Saarland, die das gerne ändern würden, aber es geht keinen Schritt voran.

Woran liegt das?

LEPRICH Die Politik ist träge. Man ist vielleicht mit anderen Dingen beschäftigt oder erachtet das Thema nicht als wichtig. Das steht so einem kleinen Bundesland eigentlich nicht gut zu Gesicht. Es ist der falsche Ansatz, da so defensiv heranzugehen und damit Akteure, die wir hier vor Ort haben, auszubremsen.

Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Entscheidung der saarländischen Landwirtschaftskammer vom vergangenen Jahr, künftig keine weiteren Flächen mehr für PV-Anlagen zur Verfügung zu stellen?

LEPRICH Das ist katastrophal. Zu-

mal es da um neue, senkrecht stehende Anlagen ging. Durch diese wird überhaupt keine Anbaufläche mehr verdeckt. Ich kann das nicht nachvollziehen, man vergibt dort Chancen. Ich hoffe, dass der Beschluss in absehbarer Zeit wieder geändert wird. Ich glaube auch nicht, dass eine solche Position Unterstützung in der Politik hat.

Wie ist die Lage bei der Windkraft?

LEPRICH Windenergie ist in Deutschland arg unter die Räder geraten. Überall werden die Anti-Windkraft-Bewegungen hervorgehoben, die zwar oft nur aus ein paar Leuten bestehen, aber eine überproportionale Aufmerksamkeit genießen. Dabei gibt es immer noch eine satte Mehrheit für Windenergie in Deutschland. Aber die Gegner haben es geschafft, eine Luftpötte in den Medien zu schaffen – auch mit Unterstützung aus Berlin. Dort gibt es immer noch viele, die sagen, „je schneller wir regenerative Energien hinzubauen, desto mehr leidet die Kohle“.

Also entsteht der Widerstand eher „von oben“?

LEPRICH Ja, vor allem von Politikern, die die Klimakrise nicht ernst nehmen. Es wird aber immer auch Bürger geben, die etwas gegen Windenergie haben, einfach weil sich dadurch Dinge verändern. Wenn ich auf einem Bürgerdialog einen Vortrag darüber halte, dass Windräder notwendig sind, um die Klimaziele zu erreichen, bekomme ich wohlwollenden Beifall. Dann kommt der ortsansässige Förster und schildert die Schönheit des Waldes und den ungetrübten Blick. Klar bekommt der rauschenden Applaus. Wer die Wahl hat, steht Veränderungen immer ablehnend gegenüber. Zu Ende gedacht bedeutet das aber, dass wir auf Dauer mit unserem Stromangebot nicht auskommen, wenn wir die Windkraft ablehnen.

Was muss passieren?

LEPRICH Man muss sicher wieder mehr zentral regeln, also beispielsweise sagen: „Zwei Prozent der deutschen Fläche sind für Windenergie vorzuhalten“. Das ist eben der Preis, den wir als Industriegesellschaft zahlen müssen, um Strom zu haben.

Halten Sie es für sinnvoll, Anlieger



„Wer die Wahl hat, steht Veränderungen immer ablehnend gegenüber“ – Uwe Leprich in den Räumen der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) auf dem Saarbrücker Rotenbühl. FOTO: IRIS MAURER

finanziell an den Gewinnen von Windrädern zu beteiligen, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu stärken?

LEPRICH Unbedingt. Ich verstehe nicht, warum das nicht schon längst gemacht wird. Ich habe schon etwas dagegen, wenn internationale Finanzinvestoren hier Anlagen bauen, die Gewinne einstreichen und sich damit brüsten, sie leisteten einen Beitrag zum Klimaschutz. Wenn ich

vor Ort diese Anlagen errichte, will ich auch als Bürger oder Kommune etwas davon haben. Man muss die Leute mitnehmen. Das wurde bisher sträflich vernachlässigt.

Stichwort EEG-Umlage: Würden Sie sagen, dass sie ein geeignetes Mittel ist, um die Energiewende voranzutreiben?

LEPRICH Die EEG-Umlage ist im Grunde eine abstruse Geschichte,

denn sie ist umso höher, je niedriger der Strompreis an der Börse ist. Das heißt, je mehr erneuerbare Energien wir haben, und je stärker der Preis an der Strombörse somit nach unten geht, desto höher ist die EEG-Umlage. Dieser Zusammenhang ist dem normalen Bürger kaum noch zu vermitteln. Aber der Umstieg auf erneuerbare Energien muss natürlich trotzdem bezahlt werden.

Wie bewerten Sie die aktuellen Pläne der Bundesregierung zur Deckung der EEG-Umlage?

LEPRICH Da die EEG-Umlage aufgrund des coronabedingt gesunkenen Börsenpreises nächstes Jahr wieder ansteigen würde, ist es absolut richtig, dies durch einen Steuerzuschuss zu verhindern. Allerdings hätte ich mir eine noch stärkere Entlastung der EEG-Umlage gewünscht, in der Größenordnung von vier bis fünf Cent. Und eine Klarstellung, dass die Befreiung stromintensiver Unternehmen von der Umlage künftig steuerfinanziert wird.

WAS IST DIE EEG-UMLAGE?

Mit der EEG-Umlage wird der Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) finanziert. Wer Strom aus EE-Anlagen ins Netz einspeist, bekommt dafür eine Vergütung von den Netzbetreibern, die den Strom dann weiterverkaufen. Die Differenz zwischen den Stromproduktionskosten und dem Marktpreis wird über die EEG-Umlage ausgeglichen. Diese wird anteilig von allen Stromverbrauchern gezahlt. Ausnahmen gelten für stromintensive Industriebetrie-

be. Die Höhe der Umlage wird jährlich aus Prognosen des Strompreises für das Folgejahr berechnet. Aktuell beträgt sie 6,756 Cent pro Kilowattstunde verbrauchtem Strom.

Um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu mildern, ist im Konjunkturpaket des Bundes vorgesehen, die Umlage im Jahr 2021 auf 6,5 Cent und im Jahr 2022 auf sechs Cent zu deckeln. Die Finanzierung soll aus Steuergeldern erfolgen.

Wasserstoff-Paket kommt im Saarland gut an

SAARBRÜCKEN (mid) Klimaschutz, Politik und Wirtschaft im Saarland begrüßen die neue Wasserstoff-Strategie des Bundes überwiegend. Sie „unterstützt die Anstrengungen der saarländischen Stahlindustrie, ihre Produktion auf CO₂-freien Stahl umzustellen, indem die Verfügbarkeit von grünen Wasserstoff verbessert und seine Kosten durch die Befreiung der EEG-Umlage gesenkt werden“, sagt der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Heino Klinge.

Es brauche allerdings noch mehr saarländische Akzente, fordern Klimaschutzler hierzulande. So seien Fördergelder erforderlich, um den zügigen Aufbau der

Wasserstoff-Wirtschaft voranzutreiben – unter anderem, um die Grundlagen für eine CO₂-freie Roheisenproduktion mit Wasserstoff zu legen. „Das Saarland trägt mit rund 16 Tonnen CO₂ pro Einwohner und Jahr einen der schwersten Treibhausgas-Rucksäcke deutschlandweit“, sagt Ronald Maltha, Sprecher des BUND Saarbrücken. Die Hauptquelle demnach: die Stahlindustrie. Deshalb müsse der Umbau zügig vorangetrieben werden. Selbstverständlich müsse der Wasserstoff „grün“, also mittels erneuerbarer Energien und in Deutschland erzeugt werden. Es sei nicht sinnvoll, „die heutige Abhängigkeit vom Ausland bei den fossilen Ener-

gien durch eine neue Abhängigkeit bei der Wasserstoffproduktion zu ersetzen“, so BUND Saarbrücken und Bürger-Energie-Genossenschaft (BEG) Bliesgau in einer gemeinsamen Pressemitteilung, die auch Fridays for Future Saar, Parents for Future Saar und die BEG Köllertal unterzeichnet haben.

IHK-Präsident Klinge ist der Meinung, dass die Erzeugungskapazitäten dafür in Deutschland bislang nicht ausreichen. Es müssten „rasch internationale Kooperationen rund um das Thema Wasserstoff mit Ländern aufgebaut werden, in denen Wasserstoff in großen Mengen kostengünstig produziert werden kann“, sagt Klinge.



Damit Wasserstoff als „grün“ gilt, muss er mittels erneuerbarer Energien aus Wasser gewonnen werden. FOTO: DPA

Für den Einsatz von Wasserstoff im industriellen Maßstab werde deutlich mehr Strom benötigt, sagt auch Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD). „Daher darf gleichzeitig der Ausbau der erneuerbaren Energien nicht weiter blockiert werden, sonst ist der einzige, der strahlt, der Pannenmeiler von Cattenom.“

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die nationale Wasserstoff-Strategie verabschiedet. Neben den laufenden Förderprogrammen soll unter anderem mit sieben Milliarden Euro erreicht werden, dass sich Wasserstoff am Markt durchsetzt. Weitere zwei Milliarden sind für internationale Partnerschaften eingeplant.

Daimler ruft weitere Diesel-Autos zurück

STUTT GART (dpa) Der Autobauer Daimler muss rund 170 000 weitere Diesel-Fahrzeuge wegen des Vorwurfs einer illegalen Abgastechnik zurückrufen. Betroffen seien ältere Modelle der A-, B-, C-, E- und S-Klasse von Mercedes-Benz mit der Abgasnorm Euro 5, davon etwa 60 000 in Deutschland, sagte ein Sprecher. Das Kraftfahrt-Bundesamt stuft die in den Fahrzeugen verwendete Technik als illegale Abschaltvorrichtung ein. Daimler hält sie für zulässig.

Altmaier will Bürokratie in der Corona-Krise abbauen

BERLIN (dpa) Wirtschaftsminister Peter Altmaier will Unternehmen angesichts der Corona-Krise weniger Bürokratie auferlegen. Das Thema werde die Bundesregierung in den nächsten Wochen stark beschäftigen, kündigte der CDU-Politiker am Freitag nach Gesprächen mit 35 Wirtschaftsverbänden an. „Es waren manche Vereinbarungen jetzt noch nicht möglich“, sagte Altmai-

er mit Blick auf das von Union und SPD ausgehandelte Konjunkturpaket. „Ich setze aber auf Lernprozesse bei allen Beteiligten.“

Die Wirtschaftsverbände bewerteten das 130 Milliarden Euro schwere Paket zur Ankurbelung der Konjunktur weitgehend positiv. Nötig seien aber weiterhin weniger Bürokratie und eine zügige Reform des Planungsrechts, so ihre Forderung.

Brüssel prüft Zug-Fusion von Alstom und Bombardier

BRÜSSEL/PARIS (dpa) Die EU-Wettbewerbsbehörden untersuchen die geplante Übernahme der Zugsparte des kanadischen Bombardier-Konzerns durch den französischen Hersteller Alstom. Das Vorhaben sei in Brüssel förmlich angemeldet worden, bestätigte ein Sprecher von Alstom am Freitag in Saint-Ouen bei Paris.

Die Überprüfung bei der EU-Kommission wird in Paris äußerst genau

beobachtet. Alstom war an Bedenken der EU-Wettbewerbsbehörden schon mit dem Versuch gescheitert, mit der Siemens-Zugsparte zu fusionieren. Nun darf es nach dem Willen der französischen Politik kein Veto mehr geben. Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire pocht darauf, europäische Spitzenreiter zu formieren, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Dass große Stromverbraucher von der Umlage befreit sind, halten Sie aber für richtig?

LEPRICH Auf jeden Fall. Es gibt eine Reihe von Unternehmen, die, wenn sie mit diesen Kosten belastet würden, weg wären aus Deutschland. Als wir die Ausnahme-Regelungen mit dem Institut für Zukunftssysteme (Izes) mitentwickelt haben, betrafen sie allerdings nur rund 120 Unternehmen – heute sind es rund 2500. Da fragt man sich schon, ob die alle entlastet oder freigestellt werden müssen.

Lässt sich der Strommarkt über eine CO₂-Bepreisung regulieren?

LEPRICH Über eine CO₂-Steuer kann die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke verändert werden. Zurzeit haben die schmutzigsten Kraftwerke die günstigsten Brennstoffkosten: Zuerst kommt Braunkohle, dann Steinkohle, dann Gas. Ab etwa 40 Euro pro Tonne ausgestoßenem CO₂ würde sich das völlig umdrehen. Das ist aber von der Bundesregierung gerade abgelehnt worden. Die 2021 beginnende CO₂-Steuer gilt nur für diejenigen, die nicht dem EU-Emissionshandel (ETS) unterworfen sind – also gerade nicht für die Kraftwerke.

Wie ist die Situation im ETS?

LEPRICH Hier lagen die Preise für eine Tonne CO₂ jahrelang bei fünf Euro. Danach sind sie zwar gestiegen, durch Corona dann aber wieder gefallen. Daher sollten wir einen Mindestpreis festlegen, wie es etwa Großbritannien getan hat. Das hätte auch den schönen Effekt, dass die Kohlekraftwerke deutlich unwirtschaftlicher würden und die Steuerzahler die Betreiber daher auch nicht so hoch entschädigen müssten, wie man es jetzt im Kohleausstiegsgesetz vorsieht.

Wird Deutschland seine Klimaziele für das Jahr 2030 erreichen?

LEPRICH Mit den derzeitigen politischen Initiativen in Berlin ist es völlig ausgeschlossen, das Klimaziel 2030 zu erreichen. Das reicht hinten und vorne nicht. Ich denke, diese Regierung wird das nicht mehr ändern. Ich setze darauf, dass die nächste die entscheidenden Weichen stellen wird.

DIE FRAGEN STELLTE DAVID SEEL

ZAHL DER WOCHE

21,5

Prozent Produktionsrückgang meldete die saarländische Kfz-Industrie (einschließlich Zulieferer) für das erste Quartal 2020 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Produktion in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie ist laut Statistischem Landesamt dagegen um 12,4 Prozent gestiegen.

SPÄTESTENS AB JULI Lufthansa will vor Abflug auf Corona testen lassen

FRANKFURT (dpa) Die Lufthansa will spätestens Anfang Juli an den Flughäfen in Frankfurt und München vor Abflug Tests auf das Coronavirus anbieten. Nach Angaben eines Sprechers richtet sich das Angebot vor allem an Reisende, die in Länder fliegen, die bei der Einreise einen Corona-Test verlangen.

Produktion dieser Seite:

David Seel
Nina Zapf-Schramm
Politik/Nachrichten/Wirtschaft
Telefon: (06 81) 5 02 22 12
Fax: (06 81) 5 02 22 99
E-Mail: politik@sz-sb.de
wirtschaft@sz-sb.de

Team Politik/Nachrichten/Wirtschaft:
Ulrich Brenner (Ulz, Leiter), Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt, stellv. Leiter), Gerrit Dauelsberg (gda), Manuel Götz (gö), Iris Neu-Michalik (ine), Frauke Scholl (kes), David Seel (dns), Thomas Sponticcia (ts), Martin Wittenmeier (maw), Nina Zapf-Schramm (nid)